

Gefährliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN
zur Kostenbremse-
und Prämien-Initiative

Überparteiliches Komitee bekämpft Kostenbremse- und Prämien-Initiative

Am 9. Juni 2024 entscheiden die Stimmberechtigten über zwei Gesundheitsinitiativen. Die Initiativen nehmen echte Sorgen auf, liefern aber die falschen Rezepte und schiessen weit über das Ziel hinaus. Beide Initiativen sind unverantwortliche Experimente mit Risiken und Nebenwirkungen für Patientinnen und Patienten sowie den Mittelstand. Mit der Prämien- und der Kostenbremse-Initiative steigt allein die Mehrwertsteuer um bis zu einem Viertel und ein ungerechter Leistungsabbau führt in die Zweiklassen-Medizin. Um dem Handlungsbedarf zu begegnen, hat das Parlament zu beiden Initiativen bessere indirekte Gegenvorschläge ausgearbeitet. Sie treten bei einem Nein zu den Initiativen in Kraft.

Das überparteiliche Komitee «2x Nein zu den Gesundheitsinitiativen», bestehend aus FDP, GLP und SVP, lehnt die Kostenbremse- sowie die Prämien-Initiative ab und unterstützt die Gegenvorschläge. An einer gemeinsamen Medienkonferenz hat das Komitee heute seine Argumente gegen die Initiativen präsentiert.

Berechtigte Sorgen, falsche Rezepte

Die Initiativen zeigen zwar berechtigte Anliegen auf, doch die vorgeschlagenen Lösungen sind untauglich. «Die Kosten für die Prämien-Initiative sind enorm, die Kostenbremse-Initiative rationiert unsere Gesundheitsversorgung. Damit schiessen beide Initiativen weit über das Ziel hinaus», warnt FDP-Nationalrätin Regine Sauter. Bundesrat und Parlament lehnen beide Gesundheitsinitiativen ab. Auch das Gewerbe, die Wirtschaft und die Landwirtschaft sagen Nein. Das Parlament hat zu beiden Volksinitiativen einen indirekten Gegenvorschlag beschlossen. Diese gezielten Massnahmenpakete wirken rascher, kommen ohne gefährliche Risiken und Nebenwirkungen aus und respektieren die Souveränität der Kantone. Bei Ablehnung der Initiativen treten die moderaten Gegenvorschläge automatisch in Kraft.

Kranke müssen auf Behandlung warten

Die unsorgfältig ausgestaltete Kostenbremse wirkt wie eine Behandlungsbremse. Auch der Bundesrat warnt vor staatlich verordneten Rationierungen, wenn die Kosten gedeckelt werden müssen. Statt Ärzte und Patienten entscheiden Bürokraten über Behandlungen. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. In der Schweiz muss aber im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung die medizinische Grundversorgung für alle gewährleistet sein. «Die Kostenbremse-Initiative ist ungerecht, unsozial und setzt falsche Anreize für unser Gesundheitswesen», so GLP-Nationalrätin Melanie Mettler. Mit der Initiative droht der Schweiz eine Zweiklassen-Medizin. Die Initiative will für die medizinische Grundversorgung ein Kostendach einführen, das direkt ans Wirtschaftswachstum gekoppelt ist. Das ist absurd. Die Gesundheitsversorgung muss sich am Bedarf der Patienten orientieren und nicht an der Wirtschaftslage. Jede dritte Behandlung von der Grundversicherung würde heute nicht mehr bezahlt, wäre die Initiative bereits im Jahr 2000 umgesetzt worden.

Mehrausgaben von 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative ist eine reine Umverteilungsvorlage, von der nur eine Minderheit profitiert. Sie belastet Mittelstand, Wirtschaft und Gewerbe mit höheren Steuern. Im Jahr 2030 erwartet der Bundesrat jährliche Mehrkosten von bis zu rund 12 Milliarden Franken. Der Anteil des Bundes von 9 Milliarden Franken wird angesichts der Finanzlage nur über Steuererhöhungen finanzierbar sein. Geschieht die Finanzierung über die Mehrwertsteuer bedeutet das für einen durchschnittlichen Haushalt Mehrkosten von bis zu 1200 Franken im Jahr. Zusätzlich würden auch die kantonalen Steuern steigen, da die Kantone bis zu 2,7 Milliarden Franken tragen müssten – Tendenz jährlich steigend. «Die Prämien-Initiative löst keine Probleme, sondern bekämpft nur Symptome. Sie pumpt einfach mehr Geld ins System», kritisiert SVP-Nationalrat Thomas Bläsi. Mit der Initiative steigen die Gesundheitskosten also weiter an. Ausserdem hebt sie sowohl kantonale wie auch individuelle Sparanreize aus. Schliesslich führt die Initiative zu einer regionalen Umverteilung. Die Bevölkerung in sparsamen Kantonen muss über den Bundesanteil die Prämienverbilligung in Kantonen mit hohen Gesundheitskosten mitfinanzieren. Das ist ungerecht.

Rückfragen

Thomas Bläsi, Nationalrat SVP, 079 831 68 70
Melanie Mettler, Nationalrätin glp, 078 781 18 48
Regine Sauter, Nationalrätin FDP, 079 667 75 03

Mehr Informationen
www.gesundheitsinitiativen-nein.ch